

Fünf dicke Aktenordner warten auf Durchsicht

In drei Harz-Städten liegen die Pläne für die HTV-Anlage aus / Gegner sind vorbereitet

GH
26.9.89

Eigener Bericht

co. Bad Harzburg

Die fünf Aktenordner sind prall gefüllt. Technische Zeichnungen, seitenweise Tabellen und Modellrechnungen sowie mehrere Gutachten beschreiben das Vorhaben, das in Bad Harzburg und anderen Städten am Harzrand seit Monaten für Aufregung sorgt: die in Oker/Harlingerode geplante Hochtemperatur-Verbrennungsanlage, kurz HTV. Die Harz Metall GmbH will dort für rund 85 Millionen Mark eine Anlage errichten, in der jährlich 30 000 Tonnen Sondermüll verbrannt werden können. Seit Montag liegen die Planungsunterlagen in Bad Harzburg, Vienenburg und Goslar öffentlich aus.

Jeder, der sich durch die Anlage in seinen Rechten beeinträchtigt sieht, kann in den Rathäusern der drei Städte oder auch direkt bei der Bezirksregierung in Braunschweig Einwendungen erheben.

Ihnen muß im Zuge des Genehmigungsverfahrens nach dem Bundesimmissions-

schutzgesetz nachgegangen werden. In mehreren Aufrufen haben die verschiedenen Bürgerinitiativen gegen die Anlage zu einer breiten Beteiligung der Bevölkerung an dem Anhörungsverfahren aufgerufen. Je mehr Einwender es gibt, so ist die Überlegung der HTV-Gegner, desto schwieriger wird es, die Anlage wie geplant zu verwirklichen. Am ersten Tag der vierwöchigen Auslegungsfrist blieb die Resonanz allerdings gering.

In Bad Harzburg kamen bis zum frühen Nachmittag gerade 15 Bürger, um die in doppelter Ausfertigung im Sitzungssaal des Rathauses aufgereihten Aktenordner durchzublätern. In Vienenburg, wo die Ordner in einem winzigen Büro im städtischen Bauamt aufbewahrt werden, und in Goslar, wo sie in einer Nebenstelle des Rathauses nur mühsam zu finden sind, meldete sich dagegen am ersten Tag noch niemand.

Auch Norbert Ellenfeld, Sprecher der Bürgerinitiative in Bad Harzburg, hat sich im Rathaussaal noch nicht blicken lassen. „Die Unterlagen haben wir sowieso

schon“, sagte er. Und auch die Einwendungen gegen die Anlage, mit der erstmals in großem Umfang in Niedersachsen Sondermüll verbrannt werden soll, haben die Bürgerinitiativen längst fertig. In gedruckter Form wurden 5000 gleichlautende Einwendungen verteilt; sie brauchen nur noch ausgefüllt zu werden. Darüber hinaus werden einige Einwender ihre Bedenken mit wissenschaftlicher und rechtlicher Unterstützung formulieren und notfalls auch vor den Gerichten durchzusetzen versuchen.

„Wir sind überzeugt, die Anlage verhindern zu können“, sagt Ellenfeld. Sein Hauptargument neben der befürchteten Gesundheitsgefährdung durch die giftigen Teilchen in der Abluft der Anlage: „Das Müllvolumen wird dadurch nur halbiert, aber seine Entstehung wird nicht vermieden.“ Erst wenn wirklich alle Möglichkeiten zur Vermeidung derartigen Sondermülls ausgeschöpft seien, könne man an eine Verbrennung des unvermeidbaren Restbestandes denken.